

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: Sammler-Verlag 25 241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich RM. 4200.—
Einzelnummern M. 150.—, Sonntagsausgabe M. 200.—
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige 10 mm breite Zeile RM. 400.—, außerordentlich RM. 500.—, Familienanzeigen und Stellenangebote unter Weglass jeder weiteren Angabe RM. 100.—, Vorauszahlung bei sonstiger Vereinbarung.

Schriftleitung und Administration: Merseburgerstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068. Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der „Dresdner Nachrichten“ zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

Altenberg Sport-Hotel im Erzgebirge
Altes Amtshaus und Amtshof

Erstklassige Zimmer :: Zentralheizung :: Auto-Garage
Gute Küche :: Erstklassige Weine

Tel.: Amt Lauenstein 9 Bes. W. Hecker

Koffer
Enterlein **Walzen**
hänge **hänge** 23

Oster-Ausstellung
Spielwaren — Sport

B. A. MULLER, Prager Straße 32
Deutschlands größtes Spielwarenhause.

Das neue Regime an der Ruhr.

Organisierte Räumung der Kohlen- und Kohllager. — Frankreich entdeckt neue „riesenhafte Verletzungen“ des Versailler Vertrags durch Deutschland — Neue englische Vermittlungsgerüchte — Annahme des Geldentwertungsgesetzes im Reichstag.

Der Ratschlag des Marshalls Foch.

Großzügiger Kohlenraub.
Paris, 15. März. Ueber das Regime, das in dem besetzten Gebiete nunmehr leitend der französischen und der belgischen Regierung zur Einführung gelangen soll, veröffentlicht der „Devoir“ folgende Zusammenfassung:

1. Militärische Organisation: Das französische Kontingent soll um 15 000 Mann verstärkt werden, das belgische um 5000 Mann. Insgesamt würden mithin beide Armeen aus 90 000 Mann bestehen, zu denen 10 000 mobilisierte Eisenbahner hinzuzuzählen seien.

2. Ingenieurmission: Diese wird unmittelbar dem General Degoutte unterstellt. Es wird künftig zwei Missionen geben eine französische unter François und eine belgische unter Leitung des Ingenieurs Hennecart.

3. Eisenbahnregime: Dieses wird auf Grund des Brüsseler Konferenzen keine Veränderung erfahren.

4. Räumung der Kohlen- und Kohllager: Der in Brüssel aufgestellte Plan läuft darauf hinaus, diese Maßnahme in einer Reihe von Kohlenzentren nacheinander durchzuführen. Dies entspreche dem Vorschlage des Marshalls Foch, der angeraten habe, den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Kohle und Holz aus dem Ruhrgebiet heraushole, anstatt die Besetzung weiter auszuweiten, wie es General Degoutte verlangt habe.

5. Ausfuhrbewilligungen: In Brüssel sei es belgischen Angelegenheiten, die Ausschüttung sämtlicher Maßnahmen durchzuführen, die für den ausländischen Handel eine unnötige Erschwerung darstellen. Ein Beamter des Quai d'Orsay hat sich nach Köln begeben, um dort das in Brüssel vereinbarte Regime den berechtigten Bedürfnissen der Kohlenländer Frankreichs und der Neutralen anzupassen. (W. T. V.)

Jorkfassung von Kohlen unter militärischer Bedeckung.

Essen, 15. März. Die Jorkfassung von Kohle und Holz auf dem Westerbund geht auch heute noch weiter. Die von den Franzosen verwendete ausländische Arbeiterkraft ist vermehrt worden. Es sind jetzt etwa 130 bis 150 Leute tätig. Es war bisher nicht möglich, schiffbaren aus welchen Ländern die Arbeiter kommen, da sowohl die Arbeitskräfte, wie auch die Quartiere der Arbeiter durch einen dichten Militärkordon abgesperrt sind. Für die Absperungsmaßnahmen ist mindestens dreimal soviel Militär als Arbeiter vorhanden.

Die pfälzischen Städte verzichten auf gestohlene Kohlen.

Rudolstadt, 15. März. Von den Franzosen wurde gestern ein Schiff mit Kohlen geraubt mit dem Vermerk, daß die Kohlen den pfälzischen Bahnen ohne Kohlen durch die Stilllegung der pfälzischen Bahnen ohne Kohlen liefern, aufgenommen würden. Wie verlautet, haben die in Betracht kommenden Städte dieses Angebot abgelehnt. (W. T. V.)

Ein neuer Schachzug Poincarés.

Die Räumungsfrist soll nicht laufen.

Paris, 15. März. Der „Paris Morning Post“ veröffentlicht folgende Meldung: Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung ist auf die „riesenhafte Verletzungen“ des Versailler Vertrages durch Deutschland hinsichtlich seiner militärischen Verpflichtungen gelenkt worden, und zwar insbesondere auf die Hindernisse, die sich seit der Besetzung des Ruhrgebietes der von der Kommission Rollets ausgearbeiteten Kontrolle entgegenstellen. Hierbei muß daran erinnert werden, daß Artikel 129 des Versailler Vertrags ausdrücklich die Frage der Räumung des Rheinlandes von Garantie abhängig macht gegen einen nicht provokierten Angriff seitens Deutschlands. Es wäre infolgedessen nicht überraschend, wenn die französische Regierung bei dieser Gelegenheit den seit 1920 von Weidmann vertretenen Standpunkt zur Anwendung bringen würde, nach dem die Frist für die Räumung nicht läuft, solange Deutschland sich seinen Abtrünnigkeitspflichtungen entzieht.

Die Theorie von der noch nicht laufenden Räumungsfrist ist ein von Poincaré schon längst ausgehender Trick, der nur sehr in das neue Gewand gekleidet ist, daß Deutschland „riesenhafte militärische Verletzungen“ begangen haben soll. Die Reichsregierung darf nicht abern, dieser plumpen, unerschämten Lüge nachdrücklich entgegenzutreten.

Frankreich und die Ruhrbesetzung.

London, 15. März. In einem Leitartikel hebt „Manchester Guardian“ hervor, daß die zum Schluß der Brüsseler Konferenz von den Premierministern Frankreichs und Belgiens veröffentlichte Mitteilung nicht als Vorschlag für Friedensverhandlungen mit Deutschland angesehen werden könne. Poincaré habe immer in Worte gekleidet, daß er beabsichtige, das Ruhrgebiet an zu annektieren, habe jedoch in demselben Atemzuge bekräftigt, daß er dort bleiben werde, bis er Zahlung erhalten habe. Aber er habe nie gesagt, wieviel er haben wolle, und sage es auch jetzt nicht. Viel weiter sei man also nicht gekommen. Daß diese Erklärung als „Beweis“ angesehen werde, daß Frankreich seine Forderungen vorbereite, sei eine nur, daß die Gedanken einiger Franzosen weit in dieser Richtung gewandert waren. (W. T. V.)

Holland und die Ruhrbesetzung.

Haag, 15. März. Das Ministerium des Inneren gibt bekannt, daß die belgenden Mächte grundsätzlich beschließen haben, die Ausfuhrabgabe von 10 Prozent nicht für Wälder zu fordern, die auf Grund vor der Besetzung angetroffener Kontrakte geliefert werden. Ebenso sollen die 90 000 Tonnen Steinkohlen, die auf Grund des niederländisch-deutschen Abkommens monatlich von Deutschland geliefert werden, von der Abgabe befreit sein. (W. T. V.)

„Stappenweise Räumung.“

Die Konferenzen, die seit dem Kriege zwischen den Großmächten der Entente stattfanden, haben alle enttäuscht. Auch Brüssel wider, die letzte in dieser endlosen Reihe der Zusammenkünfte, ist in einem Gedankensturm ausgefallen, aus dem die Welt sich Erfolg oder Mißerfolg, Hoffnung oder Zusammenbruch herauslesen darf, je nachdem sie von Optimismus geschwellt oder verzagt und kleinmütig an ihre Betrachtung herantritt. Aber auch für den günstigen Fall wird man kaum ein praktisch verwertbares, zu besseren Aussichten berechtigendes Ergebnis aus den wie immer groß angelegten Besprechungen, „den bedeutendsten, die seit dem Rücktritt Lloyd Georges zu erwarten“ waren, ableiten können.

Denn es sehen, was früher in den meisten Fällen vorhanden war, auch die düstersten Verhandlungsberichte, und was das Was über den Inhalt der Aussprache veröffentlichte, ist nicht mehr als ein vieldeutiger Orakelspruch, der, wie die Beispiele zeigen, viel und nichts zugleich besagt. Im übrigen schweigen sich die Teilnehmer aus. „Deutschland lauscht“, hat Poincaré zu Pariser Journalisten geäußert, „also ist Schweigen jetzt die erste Pflicht!“ Eine billige Anklage, hinter der sich der sonst so geschwätzhafte Advokat verbirgt, dem doch nichts größeres Vergnügen bereitet, als seine politischen Erfolge in Frühstücks- und Festreden entsprechend zu beleuchten. Allerdings, irgend etwas muß schon vorhanden sein, was sich schönfärbend verwenden läßt. Wenn es nichts dergleichen gibt, gar nichts, dann muß auch er die Mächten seiner Verehrbarkeit betrüben hilflos lassen. So verhält es sich heute. Wollte Poincaré reden, so könnte er nur eine Bestätigung der Feststellung eines mit Antrim die Brüsseler Besprechungen kritisierenden Gegners abgeben, der sein Urteil in der „Coe Nouvelle“ dahin zusammenfaßt, „Brüssel habe mit einer Konfusion geendet.“ Diese Bestätigung trifft den Nagel auf den Kopf. Es kam Franzosen wie Belgiern nach der vollkommenen Ergebnislosigkeit der nahezu neunwöchigen Ruhrbesetzung darauf an, sich klar darüber zu entscheiden, welche politischen Methoden in nächster Zukunft gegenüber Deutschland angewandt werden sollen. Die nationalen Radikallisten in beiden Ländern schreiben schon lange nach einer Verschärfung des Druckes; ihnen genügen die Morde und Plünderungen im Ruhrgebiete ebensowenig, wie der Umfang der Besetzung. Enttäuscht und mit Resignation spricht André Tardieu in seinem Vatte von den zehn Divisionen Infanterie und den mehreren Kavallerie-Divisionen, die nach Boch schon 1919 den Einbruch ins Ruhrgebiet besorgen sollten. Ein großer Schlag hätte es sein sollen mit rascher Wirkung. Und was sei nun daraus geworden? Die Zeit, „um die militärischen Drohungen zu organisieren“, sei verjährt. Auf der anderen Seite verlangte die vernünftige, ein wenig gemäßigtere Opposition die Ausarbeitung eines vollständigen Planes, „der das Minimum der Bedingungen enthält, die von den Alliierten gestellt werden müßten, wenn sich der deutsche Reichstag zu Verhandlungen bereit erklären sollte.“

Zwischen beiden Strömungen haben Poincaré und Clemens mit vergeblicher Mühe einen Ausweg gesucht. Die von ihren amtlichen Bureau herausgegebenen Veröffentlichungen zeigen, wie sie es mit der nächsten Aktion zu versuchen, ohne es mit der anderen zu verderben. Wir lesen in den Pariser und Brüsseler Communiqués neben der Androhung verstärkter Gewalt den allerdings in französischem Munde auffälligen Hinweis auf die Möglichkeit einer Räumung des Ruhrgebietes. Aber man darf diese Andeutung, selbst wenn sie neu und überraschend wirkt, nicht überschätzen, wie es in gewissen Blättern bei uns geschieht. Das Was spricht von einer stufenweisen Räumung, die sich nach Maßgabe der deutschen Leistungen vollziehen soll, ohne sich näher auf Erklärungen einzulassen, was unter diesem Begriff gemeint ist. Wir müssen schon im „Watt“ nachschlagen, wenn wir die Ansichten der alliierten Regierungen über diesen sehr wichtigen Punkt erfahren wollen. Aus einem Gespräch, das der Berichterstatter dieses Blattes mit einem belgischen Minister gehabt haben will, geht hervor, daß man in Paris zunächst ganz neue deutsche Reparationsvorschlüsse erwartet, von denen nur gesagt ist, sie müßten „diskutabel“ sein. Wir gewinnen aus einem englischen Vatte, der französischen freundlichen „Daily Mail“, ein Bild davon, was in den maßgeblichen Kreisen als „diskutabel“ betrachtet wird. Danach müßte Deutschland zunächst erklären, daß die Ruhrbesetzung eine gesetzliche Maßnahme nach Artikel 17/18 Absatz 2, Teil VIII des Versailler Vertrages ist. Weiter müßte sich Deutschland verpflichten, durch 90 bis 95 Jahre hindurch jährlich 2½ Milliarden Goldmark zu zahlen und schließlich müßte es anerkennen, daß die fünfzehnjährige Räumungsfrist für die Rheinlande noch nicht zu laufen begonnen habe. Wenn auch die Gedanken des englischen Blattes nicht ganz mit denen

Eine neue englische Vermittlungssensation.

Ein angeblicher Führer in Berlin.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
London, 15. März. Unter dem Vorsitze Bonar Law's fand gestern ein Kabinettsrat statt, in dem die Lage im Ruhrgebiet eingehend geprüft wurde. Obwohl die letzte Debatte im Unterhaus über die Brüsseler Konferenz neue Momente zutage gebracht hat, scheint die Regierung zunächst ihre Haltung nicht ändern zu wollen, wenigstens erklärt man im Foreign Office, daß England keinerlei Interventionsschritte hege. Trotzdem ist in gewissen Kreisen das Gerücht ausgebreitet, daß, wenn auch die Regierung nicht direkt eingreifen beabsichtigt, sie doch ihren Einfluß mit Felt und Griffel ausüben werde, um eine Regelung der Frage herbeizuführen.

Der „Evening Standard“ erklärt, er habe Informationen aus guter Quelle erhalten, daß man Cuno vorzuschlagen habe, öffentlich zu erklären:

1. Daß die deutsche Regierung bereit sei, ernsthafte Vorschläge der Vereinten Staaten, Englands oder einer anderen, im gegenwärtigen Konflikt neutral gebliebenen Macht entgegenzunehmen.

2. Daß Deutschland den Zusammentritt einer Wirtschaftskonferenz annimmt, die die endgültige Gesamtlösung der Reparationszahlungen und einen Zahlungsmodus festzulegen hätte.

Wie uns weiter aus London gemeldet wird, demeritert die englische Regierung offiziell alle Gerüchte über eine bevorstehende englische Intervention. Auch den Berliner amtlichen Stellen sind nach einer Meldung unserer Berliner Korrespondenz die Vorschläge des „Evening Standard“ auf diplomatischem Wege nicht zuzugestehen. Es dürfte sich also wohl auch in diesem Falle wieder um taktische französische Manöver handeln, die auf dem Wege über die englische Presse, Deutschland zu einem Angebot treiben, um mindestens aber die deutsche Einheitsfront durchlöchern wollen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die französische Presse sich den Anschein gibt, als ob sie eine derartige Intervention schärft ablehne. Beachtenswert ist vielmehr das große Interesse, das die französische Presse der englischen Sensationsmeldung entgegenbringt.

Die französische Presse und das Interventionsgerücht.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Paris, 15. März. Die Gerüchte über eine bevorstehende indirekte Intervention Englands in der Ruhrfrage erregen in französischen politischen Kreisen außerordentliche Aufmerksamkeit, erfahren jedoch im allgemeinen energische Ablehnung. Der „Temps“ führt in einem Leitartikel aus, daß eine Behauptung der Richtigkeit des „Evening Standard“ in Paris an maßgebender Stelle nicht einestraflos sei. Man könne nicht annehmen, daß England die Initiative ergreife, um mit Deutschland zu verhandeln, ohne Frankreich hiervon zu benachrichtigen. Der „Temps“ meint schließlich, die französische Regierung werde mit äußerster Energie das Projekt, das im „Evening Standard“ genannt sei, zurückweisen. — In der „Liberté“ beschäftigt sich Bainville unter der Ueberschrift „Deutschland versucht zu verhandeln, aber möchte nichts ernsthaftes anbieten“ mit denselben Gerüchten. Was kann uns Deutschland anbieten? fragt er. Nichts, was eine sofortige Räumung des Ruhrgebietes rechtfertigen könnte. Es verschwinden bereits die letzten Goldreserven aus den Kellern der Reichsbank. (1) Es sei infolgedessen notwendig zu glauben, Deutschland habe im nächsten eine Plana bereit, die es auf einer goldenen Platte servieren würde, und daß Frankreich nur das Ruhrgebiet zu räumen brauche. In Wahrheit seien dies alles nur Kombinationen, von denen man spreche. Keine einzelne sei für Frankreich annehmbar.

Es ist Deutschlands Aufgabe, einen Plan vorzulegen!

London, 15. März. Reuters meldet: Von ausländischer Stelle werde erklärt, daß Großbritannien, wenn sich die Gelegenheit erweisen würde, seinen Entschluß wiederholen werde, zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits, nicht zu vermitteln. Es werde erklärt, die Frage sei: England nichts an, insofern, als es Deutschlands Aufgabe sei, einen Plan vorzulegen, der Frankreich und Belgien befriedige. (W. T. V.)

Dollar (Amtlich): 20875
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 20900

Die deutschen Zeugen des Franzosenmordes verhaftet.

Die französische Verhinderung der Aufklärung

Stodum, 15. März. Die von den Franzosen in Euer gestroffenen kühnen Maßnahmen sind noch immer in Kraft. Die Rettungen dürfen nicht erscheinen. Die deutschen Zeugen, die unter Eid bezeugt hatten, daß nur Franzosen als Mörder der erschossenen französischen Offiziere in Betracht kommen können, sind verhaftet worden. (W. Z. B.)

Euer, 15. März. Es geht sehr, daß im Namen dieser sechs Deutsche umgebracht worden unter der Besatzung, die beiden französischen Offiziere erschossen zu haben. Alle von deutscher Seite einseitigen Bemühungen, nicht in die geheimnisvolle Mordgeschichte zu dringen, scheiterten daran, daß von den französischen Behörden keinerlei Auskunft gegeben wird, daß daher eine Zusammenkunft zur Aufklärung der Mordtat unmöglich ist.

Zu Tode geprügelt.

Berlin, 15. März. Die Ermordung der Schuppenbeamten in Euer hat sich nach einer Darstellung der Zeitungen so angehalten, daß die beiden Beamten in Zivil auf dem Vauxhallplatz zu Tode geprügelt worden sind. Das sei von Franzosen beobachtet worden, die bereit sind, ihre Anklagen nicht zu bekräftigen. Von weiteren Aufzeichnungen wird mit aller Bestimmtheit behauptet, daß in der Sonntagsnacht, in der die französische Soldateska geradezu sinnlos wütete, eine Anzahl Leichen in die Abfalle, die mit französischen Truppen besetzt ist, gebracht wurde. Da es der Polizei unmöglich war, in die Quartiere der Franzosen einzudringen, wäre es äußerst wünschenswert, daß Vertreter des neutralen Auslandes Klarheit über die grausamen Zustände schaffen. Am nächsten Krankenhaustage ließen mehrere Opfer der Franzosen, zwei Arbeiter, die Brüder Paul und August Thiel. Sie wurden in der Schredensnacht von französischen Patrouillen überfallen. Paul erhielt neben schweren Schlagverletzungen eine Stichwunde durch den Kopf, während August einen Oberarmstich und so schwere Verletzungen durch Kolbenschläge erlitt, daß an seinem Aufkommen zweifelhaft ist. Diese Personen, die ebenfalls in der Sonntagsnacht niedergeschlagen worden sind, wagen, anscheinend aus Furcht vor den Feindkämpfern, nicht, sich zu melden.

Wenn das Ausland zu derartigen Schändlichkeiten schweigt, so macht es sich an der Kultur des Mittelalters schuldig.

Erhängung eines Dorfmanns.

Dortmund, 15. März. Der 22 Jahre alte Arbeiter Josef Mithellen ist in Dortmund von den Franzosen aus dem Hinterhalt erschossen worden.

Zwei Opfer belgischer Rücksichtslosigkeit.

Robens, 15. März. Am vergangenen Sonntagabend überbringt ein belgisches Personenschild die Witwe des Justizrats Gillis und deren Tochter. Ein zweites belgisches Auto brachte die Schmerzlichen nach dem Bürgerhospital. Dort starb die Mutter bald nach der Entlassung. Auch die Tochter verschied nach am Abend.

Neue Opfer der französischen Schandjustiz.

Witten, 15. März. Oberbürgermeister Paue von Witten wurde vom französischen Kriegsgesicht in Stodum zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, Befehlen der Franzosen nachzukommen.

Neckarhausen, 15. März. Der stellvertretende Vorsteher des hiesigen Postamtes Postamtmanu Voerdel wurde gestern von den Franzosen ohne Angabe von Gründen verhaftet. Er war bereits vor einigen Tagen verhaftet worden, wurde aber wieder freigelassen, weil die Arrestkassette besetzt waren. Postdirektor Scherbaum wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 20000 Mk. Geldstrafe verurteilt und nach Weidenau abtransportiert. Die Postmeister Salmann und Hertzen wurden in derselben Verhandlung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der gesamte Telegraphen- und Fernsprechverkehr ruht in Neckarhausen seit dem 13. d. M. vollständig. Die Franzosen behaupten, daß von deutscher Seite einige ihrer Leitungen zerstört worden seien und begehren die Stilllegung des Betriebes als Repressalie. Sie verlangen von den deutschen Beamten, daß sie die französischen Leitungen wieder in Stand setzen, was aber abgelehnt wurde. In der Sitzung des Militärpolizeigerichts vom 13. März wurde der Postmeister Kolnberg aus

Englands und Frankreichs Luftstreitkräfte.

Ein interessanter Vergleich des britischen Luftfahrtministers im Unterhaus.

London, 15. März. Der Luftfahrtminister brachte im Unterhaus den Vorschlag seines Ministeriums ein, der sich auf 12011 Pfund Sterling gegenüber 10895 Pfund Sterling im gegenwärtigen Finanzjahr beläuft. Der Minister sagte, im vergangenen Jahre sei ein handiger Fortschritt zu verzeichnen gewesen. Die Regierung habe den Ausbau der Luftstreitkräfte fortgesetzt. Das menschliche Element sei hervorragend und in ausreichender Zahl vorhanden. Was die Frage der Landesverteidigung in der Luft betreffe, so sei ihm bekannt, daß die Besorgnis, ob die Landesverteidigung angemessen sei, allgemein verbreitet sei. Er wolle deshalb einen Vergleich zwischen der britischen und der französischen Luftstreitmacht anstellen. Er hoffe aber, daß kein Engländer oder Franzose auf den Gedanken komme, daß er die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden alliierten Mächten, sei es auch nur zu einem späteren Zeitpunkt, ablehne. Er führe die französischen Zahlen nur an, weil Frankreich die Ausbildung seiner Luftstreitkräfte weiter fördere. Im November 1918 hatte Frankreich 6000 Maschinen im Dienst. Jetzt habe es noch 1250. Während zwei Drittel der britischen Maschinen sich in überseeischen Ländern befinden, habe Frankreich Dreiviertel seiner Maschinen im Inlande. Im Jahre 1926 würden die Franzosen 2180 Maschinen, England lediglich 1577 Maschinen im Dienste haben. Er gebe bereitwillig den großen Unterschied zwischen der Stellung Frankreichs und Englands zu. Aber wenn man auch berücksichtige, daß Frankreich ein großes fliegendes Heer und ausgedehnte Grenzen habe, so sei das Verhältnis doch überwältigend. Die Frage erhebe sich von selbst, warum eine europäische Macht eine so große und eine andere eine so kleine Luftflotte haben müsse. Es sei undenkbar, daß zwischen den beiden alliierten Heeresmächten ein solcher Unterschied bestehen könnte. Aber es trage sich, ob es berechtigt sei, daß einer von ihnen eine Luftstreitmacht besitze, die nur den letzten Teil der anderen ausmache. Bevor man sich über die Ausgestaltung der britischen Luftstreitmacht Klar werde, müsse man sich klar machen, wie weit man gehen soll. Wenn man den Einmüßigkeitstand auf die Luftstreitkräfte anwenden würde, so würde das eine sofortige Erhöhung des Etats um 5 Millionen Pfund Sterling ausmachen. Im November 1918 betrug die britische Luftstreitmacht 20 000 Offiziere, 253 000 Mann und 2800 im Dienst befindliche Flugzeuge. Gegenwärtig belaufen sie sich auf 3000 Offiziere, 27 000 Mann und 351 Flugzeuge erster Linie.

Der Kampf um die Wahlreform in Frankreich.

Paris, 15. März. In der gestrigen Kammerdebatte wurde nach längerer heftiger Debatte die Wahlreform des alten Wahlrechts und der seitlichen Wahl der Abgeordneten (1928) mit 490 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, daß die über die Wahlreform vorliegenden Anträge am nächsten Mittwoch in der Kammer besprochen werden sollen. Im Laufe der Debatte kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern Clemenceaus und den Nationalen über die Rolle, die Caillaux gespielt hatte. Der National Daudet erklärte, Deutschland habe die kommenden Wahlen. Das beweise seine Proste, Deutschland beste auf einen Meinungsaustritt in französischen Parlament und eine radikalistische Mehrheit, damit es wie an den Zeiten von Caillaux und Weyher seine Mandate wieder annehmen könne. Es gebe nur ein Mittel, diese Gefahr zu verhindern, nämlich die Lebensdauer der gegenwärtigen Kammer zu verlängern, die Wahlen hinauszuschieben und eine entschlossene patriotische Mehrheit aufrechtzuerhalten. (W. Z. B.)

Nuer zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 500 Franken Geldstrafe verurteilt, weil er gegen die Befehle des Vorkamms durch einen französischen Vorkamms Verhaftung einlegte. (W. Z. B.)

Münster, 15. März. Der Bürgermeister von Lünen wurde heute vom französischen Kriegsgericht in Colmar zu 4 Wochen Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, Lichtanlagen für die französischen Besatzungstruppen legen zu lassen. (W. Z. B.)

Der Brief eines Franzosen.

Durch einen Zufall gelangt die „Münster-Kugelschale“ in den Besitz des Briefes eines Franzosen, der gegenwärtig im belgischen Gebiete weilt und über seine Eindrücke seinen Verwandten in Frankreich berichtet. In wortreicher Übersetzung lautet er:

Meine liebe Jeanette!
Ich erhielt Deinen letzten Brief einige Zeit nach Deiner Marie aus Monaco, dessen sonniger Himmel mich einen Augenblick lang an unseren schönen Süden denken ließ. Ich hoffe, daß Ihr Euch dort sehr gut amüsiert habt. Ist es Euer neues Automobil, das Euch dort Vergnügen gemacht hat? Die Marie ist gut angekommen, trotzdem die Adresse und das Porto nicht vollständig waren. Die D. C. A. T. M. (Internationale Arbeitskommission, Red.) genießt Vorrechte, welche nicht alle Bewohner des Rheinlandes kennen. Ich schickte Euch meinen Brief durch die französische Post, damit Ihr ihn sicher bekommt. Die Curigen kamen etwa eine Woche nach der Aufgabe bei mir an. Und das ist verdaulich, die Dinge gehen nicht immer wie zuvor. Obgleich man Millionen und Millionen in Beschlag nimmt, beharren die Eisenbahnen fortwährend bei ihrer Streikidee. Deshalb ist das Leben sehr teuer wie in Frankreich. Der Frank ist nicht sicher. Die Franzosen sind verzweifelt und erwarten mit Bangen, daß Gott ihr Schicksal günstiger gestalten möge. Vielleicht sehen wir bald den rheinischen Frankent! Wenn er unsere Lage verbessern kann, wünsche ich ihm mir so schnell wie möglich. Inzwischen Dank für Euren Brief.

Verstümmelt
Charles.

Französisches Vorgehen gegen die Kommunisten.

Leipzig, 15. März. Die französischen Besatzungsbehörden legen in Kaiserlautern drei Mitglieder der kommunistischen Partei verhaften, angeblich wegen antimilitärischer Propaganda. Die kürzlich in Mannheim wegen Antikommunisten kommunistischer Plakate verhafteten drei Kommunisten sind nach ihrer Einlieferung nach Ludwigs- hafen von den Franzosen schwer mißhandelt worden. Die Franzosen verfahren nunmehr, auch die Frauen der Eisenbahner zu beeinflussen, in der Erwartung, daß sie ihre Männer zur Wiederaufnahme der Arbeit in französischen Diensten bewegen würden. (W. Z. B.)

Eine deutsche Verordnung gegen die Aufräuberbanden.

Verkehrsuntersuchung für Westfalen 7,3 Millionen Mark. (Zahlungsbefehl unterer Berliner Schlichtung.)

Berlin, 15. März. Der Reichsrat genehmigte heute eine auf Grund des Rotenetzes erlassene Verordnung, in der zum Schutze der Deutschen Pflanz- und Tierwelt angeordnet wird, daß es verboten ist, Steuern, Abfe, sonstige Abgaben oder Gebühren, die von anderen als den zuständigen deutschen Stellen gefordert werden, an den Beauftragten einer fremden Macht oder an eine Kasse, die sich in ihrer Gewalt befindet, zu zahlen, oder die Zahlung für eine fremde Macht anzunehmen. Weiterhin ist der Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ohne Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Weiter stimmte der Reichsrat einer Verordnung zu, die die Verkehrsuntersuchung in der Angehörigenversicherung auf 7,3 Millionen Mark festsetzt.

Kopfschmerzen auf Schuppenbeamten.

Blin, 15. März. In Witten leistete die Franzosen nach der „Blin. Ztg.“ eine Belohnung von 250 000 Mark an den Kopfschmerzen Schuppenbeamten. Verschiedentlich wird berichtet, daß französische Spione versuchen, in deutschen Betrieben als Arbeiter angestellt zu werden. (W. Z. B.)

Die Oligarchie Polens.

Paris, 15. März. Die gestern in der Kammer erfolgte Ablehnung des Regierungsvorschlags, entgegen den Bestimmungen des alten Gesetzes über die Kammerwahlen die Anzahl der Abgeordneten wie bisher bei der Riffer 621 zu belassen, hat zur Folge gehabt, daß die neuwählende Kammer 68 Abgeordnete weniger enthält. Der „Autantisme“ läßt die: Wenn wir nicht im Antrahet ständen, hätte ein Ergebnis wie das geirigt in der Kammer genügt, das Ministerium zu kürzen. (W. Z. B.)

Ein amerikanischer Konflikt mit der Postkonferenz.

Paris, 15. März. Die Regelung der polnisch-russischen Grenze durch den geirigten Beschluß der Postkonferenz scheint sich nicht ohne Schwierigkeit vollziehen zu können. Nach dem „New York Herald“ hat der frühere Staatssekretär unter Wilson Cobden, der als Beirat des ukrainischen Nationalrates in der Grenzregulierungsfrage tätig ist, im Interesse der Ukraine vor der Regelung der Angelegenheit geirigt zu werden verlangt. Die Postkonferenz hat sich aber diese Forderung mit der Bemerkung hinweggesetzt, daß sie kein Gerichtshof sei, daß es deshalb unmöglich sei, das Völkergesetz Cobden anzuhören, daß vielmehr die Unsicherheit hinsichtlich der polnischen Oligarchie beendet werden müsse. Cobden war indessen sowohl von Lord Curzon wie auch von Lord Cecil versprochen worden, daß er Gehörlichkeit haben würde, vor der Postkonferenz zu erscheinen. Der ehemalige amerikanische Staatssekretär hat inzwischen den amerikanischen Postkonferenz in Paris erlucht, die Angelegenheit zu suspendieren. Die Postkonferenz betrachtet jedoch nach dem „New York Herald“ ihren Beschluß als unumkehrbar. Es wird deshalb angenommen, daß Cobden demütig die Postkonferenz protestieren werde. (W. Z. B.)

Abrechnungen mögen, die dem Interventierten belgischen Minister vorzulegen, so muß doch festgestellt werden, daß die ihm als „Diskutabel“ erscheinenden Reparationsanforderungen von den englischen Ausführenden sich nicht wesentlich unterscheiden dürften. Denn er spricht von der „moralischen Kapitulation Deutschlands“ im gleichen Tone der Selbstverständlichkeit wie von anderen Garantien und Versicherungen. Erst wenn über diese Fragen ein von Deutschland anerkanntes Programm aufgestellt sein wird und Deutschland mit der Abtragung der neuen Verpflichtungen tatsächlich begonnen hat, kann nach Ansicht des Belagers die im Dawson-Kommuniqué angedeutete Verknüpfung von „Zahlung und Reparation“ schrittweise beginnen. Die deutsch heißt das soviel, daß die vollkommene Wiederherstellung des Abtrabenteuers bestenfalls in 12½ Jahren erfolgen sein könnte, wenn bei jeder Vierteljahrssrate, die wir fünftin an Reparationen entrichten sollten, mindestens einer der über fünftin Orte geräumt wurde, die von der rechtswidrigen Besatzung umfaßt werden.

An einen solchen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage ist natürlich überhaupt nicht zu denken. Wenn man in Paris nicht nur mit dem Gedanken lebte, die deutsche Regierung würde sich auf derartige Zumutungen einlassen, dann bewiese das nur, wie geringe Notwendigkeit man drüben vom Ernst des deutschen Abwehrwillens hat. Für uns liegt außer dem Umstand eine gewichtige Rolle, daß bis zum Beginn des künftigen gedachten Räumungszeitraums nach der Parole von Brüssel die Methode verächtlicher Gewalt, wie sie nach der Rückkehr Poincarés bereits begonnen hat, weiter angewandt werden soll. Man erwartet also alles in allem von uns, wir sollen vielleicht jahrelang noch zu sehen, wie unsere Landesteile im Westen gefoltert und geschunden werden, um für diese alles Maß übersteigende Selbstmartyrerie und Langmuhi schließlich bei abstrakten Nebenleistungen an Gold und Silberwerten andererseits einen Teil des Abtrabenteuers nach dem ändern, eine Stadt nach der anderen, im Verlaufe langer Jahre gnädig zurückzugeben. Wäre es jemandem bei uns, der es verantworten könnte, auf der Grundlage solcher Verunsicherungen Verhandlungen zu eröffnen? Das ist ganz ausgeschlossen. Tausendmal besser ist es für uns, im harten Widerstand so lange auszuhalten, bis die Konferenz von Brüssel mit ihren fünfzehn Plänen von einer anderen abgelöst wird, die durch eine Beteiligung aller in Betracht kommenden europäischen Nationen und durch sachlichere Behandlung der ganzen Streitfragen eine Gewähr für ein praktisch verwertbares Ergebnis bietet.

Eine in unberechnete Schönsfärberei zu verfallen, muß festgestellt werden, daß die Ausführenden dafür sich von Tag zu Tag bessern. Die internationalen Stimmen, die gegenwärtig sich um die deutsche Politik und vor allem gegen die Pläne der belgischen Soldateska richten, werden, nehmen an Dringlichkeit und auch an abgemessener Beachtung zu. Was soll man erst die Bemerkungen der schweizerischen Bischöfe, die Proteste der britischen Handelskammern, die trefflichen Ausführungen Pitts über Frankreichs „Vollkreditverhältnisse“ in Erinnerung rufen? Jede Zeitung des neutralen Auslandes berichtet über Resolutionen von Vereinigungen und Parteien, die ihren Appell über diese abtrun, wahnwitzige Nachtragsleistungen des vermittlungslosen Frankreichs ausbreiten. Jeder vernünftige Staatsmann in Amerika und Europa hat topfkräftig keine schweren Bedenken zum abtrunlichen Briantnum eines Poincarés geäußert. Und selbst Bonar Law, der um sich einen Wall gegen menschlische und wirtschaftliche Verunsicherungen zu haben scheint, wird langsam anderer Meinung. Das beweisen die letzte Unterhausdebatte und der Abstimmungsrat in der ersten Hälfte dieser Woche. Seine Furcht vor Frankreich ist groß, ist lähmend und macht ihn nachteilig gegen die Poincaristen, wie es noch kein britischer Ministerpräsident war. Aber diese Furcht beginnt verdrängt zu werden von jener anderen für seine eigene Stellung. Schon hat die Opposition im Unterhaus eine noch nie vorhandene gewisse Stärke erreicht. Die Liberalen wollen nicht mehr mit, die Arbeiter wollen nicht mehr mit, und im Lager des Konservativismus beginnt es unruhig zu werden. England soll seine Interessen im Ruhrgebiet wahren! Das ist der Sinn der Bewegung. Wie kann es das? Am besten dadurch, daß es zwischen den Gegnern vertritt und sich selbst an der Regelung der Angelegenheit beteiligt. So wird es kommen müssen. Mit Genugtuung sehen wir in diesen Tagen Londoner Blätter, die mit ministeriellen Kreisen Rührung haben, ihre Äußerungen anfragen und die Frage aufwerfen: Würde Dr. Cuno bereit sein, die Entscheidung einer Weltwirtschaftskonferenz über die gesamten Reparationsfragen anzuerkennen? Würde er billige Vorschläge Amerikas oder Englands als Verhandlungsgrundlage betrachten? Aber natürlich würde es das! Billige Vorschläge! Selbstredend müßten das auch, nach andere sein, als wie sie Thomas und Poincaré in Brüssel anstreben und vor allen Dingen müßten diese Vorschläge von diesem Phantom der elapenweisen Münzums abstrachen und sich zur sofortigen Preisgabe der geräumten Gebiete ohne Bedingungen befehlen.

Bonar Law über den deutschen Reparationsvorschlag in Paris.

London, 15. März. Bonar Law stellte heute nachmittag im Unterhaus auf eine Anfrage Lamberts mit, daß er in einerlei Vorschläge von der deutschen Regierung auf Annahme der von ihm in Paris als angemessene Reparationsanforderungen genannten Summe gemacht worden seien. Er fragte ob der Premierminister irgendwelchen Versuch gemacht habe, um während der Pariser Konferenz in Verbindung mit dem deutschen Vorkamms in Paris zu treten, und zu hören, was er in der Frage zu sagen habe. Bonar Law erwiderte, es hätte der deutschen Regierung freigestanden, irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten, wenn sie dieses gewünscht hätte. Wennworin frage: Sieht es immer noch frei? Bonar Law erwiderte: Jawohl. (W. Z. B.)

Eine englische Arbeiterordnung reißt nach Deutschland.

London, 11. März. Reuters meldet: Der Parliamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, die Arbeiterpartei habe beschlossen, eine offizielle Abordnung in das Ruhrgebiet und andere Teile Deutschlands zu entsenden.

Ein Schlaganfall Ceaus.

Berlin, 15. März. Einem bei der russischen Postzeitung in Berlin eingetroffenen Telegramm zufolge ist bei Ceaus ein Schlaganfall eingetreten. Ein Schlaganfall erfolgte in der Nacht zum Dienstag.

Gardens Revision kostenpflichtig verworfen.

Welsch, 15. März. Der zweite Straffenrat des Reichsgerichts beschäftigte sich heute als Revisionssinstanz mit dem Prozeß Dardens. Sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch der Nebenkläger Maximilian Gardens hatten gegen das Urteil des Straffenrats beim Landgericht III Berlin vom 14. Dezember 1922 Revision eingelegt. Bekanntlich waren damals die Anklagen Cera und Richardt wegen Hehlerei auf gefährlichen Körperverletzung zu 4 Jahren 6 Monaten bzw. 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen.

Das Volksbegehren des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung.

Berlin, 15. März. Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung in Berlin brachte, wie erinnerlich, vor einiger Zeit einen Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens an den Reichstag. In dessen Ausführung wurde dem Reichsbund vorgelassen, daß die formellen Voraussetzungen vorliegen, vom Reichsminister des Innern mitgegeben.

Großzügige Ruhrspende des Papstes.

Rlin, 15. März. Wie die „Blin. Postzeitung“ meldet, hat der Papst die Summe von 500 000 Lire für die Verbesserung des Ruhrgebietes überhand. In deutsche Währung umgerechnet macht das rund eine halbe Milliarde Papiermark, eine Spende, die unter die größten zählt, die überhaupt gesammelt worden sind.

Annahme des Geldwertgesetzes.

Sozialistische Attacken gegen den Besiz.

Germeß und Delferich antworten.
Draufmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 15. März. Der Reichstag beantragte heute die dritte Lesung des Geldwertgesetzes.

Geldwertgesetz.

An der allgemeinen Aussprache teilte Abg. Dr. Dersch (Soz.) teil, daß durch die Vorlage das Problem der Anpassung der Steuerkraft an die Geldwertveränderung nicht gelöst werde. Man habe in ganz unvollständiger Weise die Interessen der Steuerzahler nicht vertreten. Am Staatshaushalt stießen die Steuern keine Rolle mehr, denn durch die Steuern würden nur noch 7 Prozent des Reichsbedarfs gedeckt. Für alles andere müsse die Notenpresse sorgen. Berechnungen für das Bezugsjahr der Einnahmen an den Ausgaben sei der Monat Februar 1922. In diesem Monat betrugen die Einnahmen 24 Milliarden, die Ausgaben jedoch 1820 Milliarden. Diese Finanzlage habe das Vertrauen des Auslandes ebenso erschüttert wie der Graben- und der Notenan-Wort. Nur 11 Milliarden seien an Besitztümern eingebracht worden, während 22 Milliarden Lohnzahlen. Diese Zahlen verdienen auch im Ausland Beachtung. Die Ruhrbesetzung habe Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit über die Arbeiter der Welt hinaus gebracht. Warum ziehe man da den Besiz nicht in Betracht? Redner teilt auch mit, daß sämtliche sozialdemokratische Abänderungsanträge aus der zweiten Lesung wieder eingebracht werden sollen.

Reichsfinanzminister Dr. Germeß erklärt, daß die Behauptungen des Vorredners nicht nur widerlegt, sondern widerlegt. Durch die Geldwertveränderung haben sich starke finanzielle Unerschicklichkeiten herausgestellt. Die Regierung hat die Initiative ergriffen, um sie zu beseitigen. Deshalb muß sie den wahren Wert der Einkommen und der Steuern ermitteln. Der Entwurf stellt nur vorübergehende Behebungen dar. Wir müssen uns hüten, einen zu großen Druck durch eine zu weit gehende Einkommensteuer auf die fremden Devisen auszuüben. Es wäre sinnlos, die Wirtschaftskrisis durch die Einkommensteuer zu verschärfen.

Die verschärften Druckmittel zur Erreichung einer rechtzeitigen Steuerzahlung sind nur zu beklagen. Die Verwirklichung der Steuererträge ist Aufgabe vom Lohn ist als ein Teil zu betrachten. Es handelt sich tatsächlich nicht mehr um eine 10prozentige Lohnsteuer, sondern nur noch um 6 bis 7 Prozent.

Abg. Dr. Delferich, im Verlaufe seiner Ausführungen von der Linken ist durch tausende Widersprüche unterbrochen. Redner stellt, daß der Entwurf von dem Ideal eines Steuergesetzes allerdings weit entfernt sei. Trotzdem haben wir versucht, das Beste für das deutsche Volk aus dem vorliegenden Entwurf zu machen. Die Antikrise unseres Geldwerts hat die Voraussetzungen über den Staat geworfen, auf denen die früheren Gesetze fußen konnten. Wir wollen die Verantwortung nicht übernehmen, das Reich ohne Einnahmen zu lassen. So ist unter dem stärksten politischen Druck dieses Gesetzes zur Sprache gekommen, das auch ich nur als ein höchst tragwürdiges Stückwerk bezeichnen kann.

Aber in einer solchen Zeit, in der wir heute in Deutschland leben, vernünftige Steuererträge zu machen, ist unmöglich.

Wir hatten im vorigen Jahre steuerliche Befreiungen sowohl der arbeitenden Klassen wie der bürgerlichen durchgeführt, wie sie nirgends in der Welt zu finden waren.

Bei einer vernünftigen Politik unserer Reparationsregener wäre die Konsolidierung unserer Verhältnisse so gut wie gesichert gewesen. Wir, das niedergedrückte, verarmte, durch Milliardenleistungen angegriffene Deutschland, waren bereit, die größten Leistungen zu vollbringen, wenn man uns nur mit neuen Mitteln und Verbindungen versicherte und uns Zeit geben wollte, unsere Finanzen zu ordnen. Das zeigt deutlich die Verlogenheit der Behauptungen unserer Gegner. Dieses Vorgehen müssen wir wieder zurückweisen. In den Ausführungen der Linken kann ich einen solchen Versuch allerdings nicht erblicken. Der Linken geht offenbar das einfache Vaterlandsgeschick ab. (Beifall rechts.) In dem Nachrichtenblatt des französischen Pressedienstes in Koblenz heißt es über die Einstellung der Kohlensteuer:

Auf diese Weise haben die schurkischen Kohlenmagnaten das deutsche Volk und die Welt beschuldigt. (Zustimmung links, stürmische Applaus rechts.) Als Gewehrträger wird der sozialistische Abgeordnete Dr. Dersch zitiert. (Großer Lärm links und erregte stürmische Applaus rechts.) Reparatur hat die Finanzkatastrophe Deutschlands durch seine Reparationspolitik bewirkt herbeigeführt. Trotzdem erkennen wir an, daß die Reichsfinanzverwaltung die Hände nicht müde in den Schoß legt.

Begegnung mit Max Reger.

Von Prof. Dr. Eugen Schmitz.

Veruf und Familienverhältnisse brachten mich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts verschiedentlich in Verkehr mit den damals in München wohnenden und wirkenden Größen der werdenden modernen Tonkunst. Nur Max Reger blieb mir zufälligerweise lange entzweit. Aber einmal habe ich doch auch ihn persönlich kennen lernen dürfen und gebe ich diesen Tagen, da der allzu früh heimgegangene seinen fünfzigsten Geburtstag hätte feiern können, gern und dankbar dieser einen Begegnung mit einem führenden Meister meiner Kunst.

Es war im Herbst 1905. Ich hatte als neugeborener Doktor der Musikwissenschaft mich eben tief in die Erforschung der Musikgeschichte Altmünchbergs eingeworfen und fühlte nun das Bedürfnis, auch einmal als Derold der Zeitkunst hervorzutreten. Die ganze Musikwelt sprach eben von Max Regers erstem Orchesterwerk, der „Sinfonietta“, die in Essen zur Aufführung gekommen war und nun durch Felix Wolf und der Münchner Reger- und Anti-Regier-Gesellschaft vermittelt werden sollte. Ueber dieses Werk wollte ich eine Broschüre schreiben zur Vorbereitung, Einführung und so weiter. Ein Verleger, sogar sehr bekannter Verleger, war rasch gefunden, da ich in meinen materiellen Ansprüchen von schier unvorstellbarer Bescheidenheit war. Ich machte mich also ans Werk. Aber obwohl ich des Umgangs auch mit modernen Partituren trotz der Altmünchberger Studien nicht ungewohnt war, wurde es mir doch etwas schwül, als ich nun versuchte, mir das unbekannte Werk durch Lesen und Klavierpielen so klar zu machen, daß ich es anderen dann erklären konnte. Wie die Partitur der „Sinfonietta“ kennt, wird das begreifen. Denn Reger, damals noch ganz im Orchester- und Kammermusikdenk, hat in diesem seinem ersten Orchesterwerke eine bis zur Ueberladung knifflige Poliphonie angewandt, die, um das Werk wirklich zum Klängen zu bringen, dann von tüchtiger Kapellmeisterhand erst etwas gelichtet werden mußte. Immerhin — mit hellem Bewußtsein fand ich mich noch und nach so ziemlich durch. Aber Zweifel, ob ich auch wirklich alles richtig verstanden habe, blieben doch bestehen und ließen den Entschluß reifen, an Reger selbst heranzutreten und ihn um eine Ausprache über sein Werk zu ersuchen.

Freilich auch davor war mir etwas bang. Denn Reger galt damals als verbittert, schroff und ziemlich unangänglich. Da aber einer meiner Lehrer zu seinen persönlichen Freunden gehörte, nahm ich schließlich den Umweg über diesen. Und bald darauf lud mich eine Polikarte Max Regers ein, ihn am

Widertend haben Mittel des deutschen Aktienwesens sind durch die Geldwertveränderung entwertet worden. Diese Aktien haben vor dem Kriege zwei Milliarden Goldmark erbracht, heute nur noch 20 Millionen Papier. Die Wöhne betragen heute vielleicht 80 Proz. des Realwertes. (Zustimmung links.) Der Reichstag wird heute gedruckt. Auch wir erwarten eine Reform der Steuererhebung. Redner begründet dann eine Resolution, die der Agitation mit der Lohnsteuer bremsen soll. Der Arbeitgeber soll nach dieser Resolution eine feste Summe für seine Arbeitnehmer entrichten, wofür er bis zu einem bestimmten Betrage von der Einkommensteuer befreit wird. Wir sind, schließt Dr. Delferich, bereit, an jeder Maßnahme mitzuwirken, um das Deutsche Reich vor der finanziellen Zerkürnung und vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Unsere Lösung ist auch hier: Wir wollen aufbauen! (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Lange-Petersmann (Soz.) wünscht, daß man gewisse Kreise des Hauses auf vier Wochen in das Ruhrgebiet schicken könnte, denn dann würden solche Ausführungen, wie die des Abgeordneten Dersch, nicht möglich sein. Wir wollen, erklärt Redner, den Preisabbau, die aber (nach links) verlangen Steuern, die ja gar nicht eingebracht werden können, wenn, wie ich fürchte, in diesem Frühjahr eine große wirtschaftliche Katastrophe kommt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse stehen übrigens hinter der Zentrumspartei und stimmen einmütig dem Gesetze zu. (Beif. Beifall links.)

Abg. Woldenhaner (D. Sp.) von der Linken mit dem Zusatz: Antikrische Maßnahmen fordern rasche Behebung dieses Gesetzes. Bester Grund ist die Erhaltung der deutschen Wirtschaft.

Abg. Reinath (Dem.) stellt fest, daß der Sozialdemokrat Dr. Dersch im Ausschuss selbst zugibt, daß man sich überlegen müsse, ob nicht die Steuern abzubauen seien. (Beif. Beifall.) Unsere Unternehmen müssen wir pflichtig behandeln. An ihrem Weiterbestehen habe auch der Arbeiter großes Interesse. Wir wollen doch nicht Sklaven fremden Kapitalis werden.

Abg. Rosen (Komm.) nennt die bürgerlichen Parteien einen „Bund von Steuerbanditen“ und lehnt die Vorlage als völlig unzureichend ab.

Abg. Dr. Dersch (Soz.) erklärt, er wane es nicht, mit Delferich an Dersch in Konkurrenz zu treten. (Große Unruhe rechts.) Als der Redner aber, da er sachlich die Ausführungen des Abgeordneten Delferich in seiner Weise zu widerlegen vermag, sich zu der aberneren Behauptung hinsetzen läßt, die Worte an Reichen und Erben hinsetzen mit Delferichs Worten unaufrichtig ankommen, bricht die Rechte in gerechtfertigter lebhafter Entrüstung aus. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde. — Damit schließt die Aussprache. Persönlich erklärt noch Abg. Delferich, daß nach der Art und Weise, wie der Abgeordnete Dersch sich erlaubte, ihn anzureizen, es ihm unmöglich sei, sich mit ihm in eine Diskussion einzulassen. (Beif. Beifall.)

Unter Ablehnung sozialdemokratischer Anträge werden dann die Beschlüsse der Versammlung durchgesetzt. Die Beschlüsse über das Geldwertgesetz sind in räumlicher Hinsicht angenommen. Die Vorlage wird mit 208 gegen 148 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Einige Entschlüsse, die Revue der Lohnsteuer veranlassen werden gleichfalls angenommen. — Freitag, 2 Uhr, Kohlensteuer.

Die Möglichkeit einer Ermäßigung der Kohlensteuer.

(Draufmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. März. Im Steueransatz des Reichsblages hat der Finanzminister erklärt, daß für den Fall, daß der deutsche Kohlenrat eine Ermäßigung der Kohlensteuer für geboten erachtet, die Reichsregierung an dem Wutachten einer solchen Körperschaft nicht schloß vorübergehen könnte, sondern es zur Grundlage ihrer Entscheidung machen würde. Nach dieser Erklärung wurde der Antrag auf Ermäßigung der Kohlensteuer von 40 auf 30 % zurückgezogen.

Die Nationalsozialisten vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 15. März. Der Staatsgerichtshof am Schube der Republik verhandelte heute in öffentlicher Sitzung über die von der Parteileitung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei eingeleitete Beschwerde gegen die von verschiedenen Landeszentralbehörden erlassenen Verbote und Ausschlussbeschlüsse.

Die Beschwerde der nationalsozialistischen Arbeiterpartei wurde, teils weil sie veraltet einreichte, teils weil sie unzulässig, im Abriem als unbeantragt verworfen. Das Gericht hat es als bewiesen betrachtet, daß die Partei Bestrebungen verfolgte, die geeignet seien, die Republik zu beschimpfen und herabzusetzen. Aus den fortgesetzten Untrieden und dem anmaßlichen Verhalten der Partei hervorgeht, daß es ihm darauf ankomme, die Republik zu beschimpfen. Die Parteimitglieder wählten sich mit ihm darin einig.

Sonntag vormittag zu früher Stunde zu besuchen; da wolle er die „Sinfonietta“ mit mir durchgehen.

Regger wohnte damals in dem neuen Schwabinger Viertel, einfach, aber doch sehr behaglich. In der Art, wie er mir aus dem Mantel haß, lag durchaus nichts Schroffes oder Verdächtigendes, und so sah ich wieder einigen Mut. Ohne viel Umschweife nahm er mir die mitgebrachte Partitur ab und stellte sie auf sein Klavier. Und nun begann er zu spielen und zu erklären, machte mit Bleistift auch ganz unbedeutende kleine Veränderungen in meine Partitur (— die mir dadurch zum wertvollen Erinnerungshilfsmittel geworden ist —), und machte das alles mit einer so feinen, nüchternen, aber doch fesselnden Klarheit, daß ich mir heimlich dachte, er müßte ein ausgezeichnete Kontrapunktler sein. Mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit betonte er nur immer wieder, daß sein Werk das Einfachste und Selbstverständliche von der Welt sei. Charakteristischerweise sprach er aber vom Bau im großen, von den Grundlinien der Form so gut wie gar nicht, um so mehr dagegen von den kleinen und kleinsten harmonischen Nachahmungen, Umfahrungen und so weiter, kurz, vom kontrapunktlichen Detail, das bei dieser Art von Musik aus der schwebelregenden Charaktere annehm, im orchestralen Klangbild freilich wohl von keinem menschlichen Ohr sofort erfasst werden konnte.

Da ergab sich im Hin- und Herbättern einmal, daß er eine Vorgebung überließ. Verschiden machte ich ihn aufmerksam: „Berzelsen Sie, Herr Reger, aber die Phrase muß einen Ton leiser klingen; wir haben da wohl h-Marinetten.“ „Natürlich, natürlich,“ sagte er, sich sofort forrigierend, „entschuldigen Sie.“ Dann aber hörte er auf zu spielen, „ah nicht, und fragte mich, ob ich nicht auch etwas sagen könnte. „Ja aber,“ wie ich nun ein „was!“ Ich habe doch gemeint, Sie seien ein angehender Musikkritiker.“

Dah ich daraufhin ein sehr geistreiches Gesicht gemacht habe, möchte ich bezweifele, und sah wohlte sich in mir etwas Empfindlichkeit regen. Aber schnell begann ich mich, wenn ich gegenüberstand, und sagte so unbedeutend wie möglich: „Herr Reger, es gibt in allen Berufsarten Nichtskünner und Döner, sogar unter den Musikkritikern. Was mich betrifft, so möchte ich mich freilich nicht schon deshalb zu den Döner rechnen, weil ich weiß, wie eine h-Marinetten-Stimme zu klingen soll.“

Dann wurde das Klavierpiel wieder aufgenommen, aber ganz unmerklich war Reger sehr viel gemüthlicher und wärmer geworden. Gleichsam entschuldigend erzählte er mir zuletzt, was er eben erst wieder in Essen unter verständnislosen Kritikern zu leiden gehabt habe. Schließlich bat er mich, bei der gegebenen Erläuterung der „Sinfonietta“ ja nicht etwa philosophierende Deutungen anzuwenden. Ich erwiderte, daß

Derliches und Sächsisches.

Auch im Opfern für Ruhr und Rhein gilt es durchzuhalten!

Bei der Sammelkette der „Dresdner Nachrichten“ gingen gestern für die Ruhrhilfe folgende Beträge ein:

Stenographenverein Dresden-Neustadt, zweite freiwillige Spende der Mitglieder anlässlich der 41. Hauptversammlung, 2100 Mk.; Personal Richard Jeuner, Schloßstraße, 2000 Mk.; C. D. 500 Mk.; Storbied, Leubnitz-Neustadt, 5000 Mk.; Ober-Schaffner Schmidt 1000 Mk.; Major a. D. E. M., Leubnitz-Neustadt, 2000 Mk.; v. Kronheim, Seidnitzer Straße 9, 12000 Mk.; Ruhrhilfe der Angehörigen der Firma F. O. Kunast, Dresden A., Zwidauer Straße 72, 28000 Mk.; v. Hübner, dritte Etage, 35000 Mk.; Arthur Fröh. v. Hübner, dritte Etage, 30000 Mk.; Direktor Meyer, Burgl, dritte Etage, 30000 Mk.; W. H. Burgl, 20000 Mk.; General a. D. von Blüchel, zweite Etage, 8000 Mk.; Lehrer W. B. 3000 Mk.; Eine alte Lehrerin, zweite Etage, 5000 Mk.; H. Ubrich, 5000 Mk.; H. H. 2000 Mk.; Ungenannt 1000 Mk.; H. M. 500 Mk.; Frau Dulle, Dresden, 1000 Mk.; Arndt Kludner, Freiburg i. S., Schief, 400 Mk.

Weitere Spenden erbeten an die Hauptkassierstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstraße 18, Erdgeschoss.

Warnung vor angeblichen Ruhrflüchtlings.

Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt uns folgendes mit: In den letzten Tagen haben ledige junge Personen, angeblich Ruhrflüchtlinge, in verschiedenen öffentlichen Wirtschaften durch ihre Erzählungen zur Sammlung von Geldbeiträgen Veranlassung gegeben. Die Sammlungen haben teilweise Beträge bis zu 150000 Mk. ergeben. Es wird gewarnt, solche Sammler zu unterstützen, da die wirtlichen Ruhrflüchtlinge vom letzten Notens Kreis ausreichend versorgt werden und keine Not leiden. Die Sammler sind alles ledige junge Leute, die zur Arbeit nach Bayern abreisen und Dresden schon längst hätten verlassen sollen. Nach dem halber erweist es zweifelhaft, ob sie wirklich von den Franzosen vertrieben worden sind, oder das Ruhrgebiet freiwillig verlassen haben.

Nach Mitteilungen, die wir von privater Seite erhalten haben, scheint die Organisation zur Unterbringung von Ruhrflüchtlingen noch nicht genügend durchgeführt zu sein. Wie verstanden, werden die Ruhrflüchtlinge zwar in Extrazügen nach dem unbesetzten Deutschland gebracht, jedoch ohne daß eine genügende Prüfung erfolgt, ob ihr Verlassen des Ruhrgebietes überhaupt berechtigt erscheint. Vom Verlassen des Zuges an bleiben sie dann ihrem Schicksal überlassen, und es bedarf ihrer eigenen Initiative, um mit Hilfe des Notens Kreises Arbeitsgelegenheit zu finden. Den Ruhrflüchtlingen, die sich gegenwärtig in Dresden aufhalten, sollen vom Notens Kreis Fahrtscheine nach Bayern ausgestellt worden sein, um dort bei den Waldenindustriellen Arbeit zu finden. Eine telegraphische Anfrage seitens des Wirtschaftsinstitutums habe jedoch ergeben, daß beim Waldenwertwerk zurzeit überhaupt keine Arbeitskräfte eingestellt werden. Sind diese Angaben zutreffend, so scheint uns der Fehler darin zu liegen, daß nicht bereits beim Verlassen des Ruhrgebietes eine genaue Kontrolle eintritt, ob den Flüchtlingen tatsächlich ein längerer Aufenthalt dorthin nicht zugemutet werden kann. In dies aber der Fall, so muß auch weiter für die Leute gesorgt werden, und es genügt nicht, daß sie mit Freifahrtsscheinen von einer Gegend Deutschlands in die andere geschickt werden, um selbst Arbeitsgelegenheit zu finden. Wie berechtigt die Warnung des Polizeipräsidiums ist, die Angaben der Leute, die sich als Ruhrflüchtlinge ausgeben, genau nachzuprüfen, geht daraus hervor, daß einigen von ihnen eine Arbeitsgelegenheit in Sachsen verschafft worden ist, sie ihre Arbeitsstätte aber bereits am folgenden Tage grundlos verlassen haben.

Ministerpräsidentenwahl am 21. März.

Die Wahl des Ministerpräsidenten soll, wie im Landtagsbericht erwähnt, am Mittwoch, den 21. März, stattfinden. Die Kommissionen werden am Montag in einer Sitzung ihrer erweiterten Parteifunktionen zur Frage der Regierungsbildung Stellung nehmen. Am Montag abend, spätestens am Dienstag, sollen dann die Verhandlungen mit dem Siebener-Ausschuss zum Abschluß gebracht werden.

Die Aneignung der Ministerpräsidentenwahl auf nächsten Mittwoch hat allgemein übersehen. Man nimmt an, daß die allgemeine Empörung über die Verleumdung der Wölna der Ministerkrise die Sozialdemokraten veranlaßt hat, nunmehr endlich einen Termin für die Neuwahl des Ministerpräsidenten festzusetzen. Sicher sollte damit auch ein Druck auf die Kommissionen ausüben werden.

Ablehnung eines gemeinsamen bürgerlichen Ministerpräsidentenkandidaten durch die Demokraten.

Auf das am 6. März von der Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gerichtete Schreiben zwecks Herbeiführung einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur für die Ministerpräsidentenwahl liegen die Antworten der

davon keine Rede sein könne, denn der durchaus schlichte geistliche Charakter seiner Musik liege ja klar am Tage.

Er verabschiedete mich schließlich auf das freundlichste. Die Broschüre über die „Sinfonietta“ erliefen und prägte noch heute mit unfrischer Stelle im Verzeichnis meiner „Wesentlichen Werke“. Reger bedankte sich nach dem Erhalten mit anerkennenden Worten. Anlässlich der Münchner Eröffnung der „Sinfonietta“ wurde ich dann von der dortigen Anti-Regier-Kritik mit dem Meister gemeinsam in Stücke gerissen, welche hohe Ehre ich gebührend zu schätzen wußte. Weiterhin führten mich künstlerische Neigung und Ueberzeugung dann etwas von Regers Schaffen ab. Aber daß ich wenigstens einmal den echten Reger aus nächster Nähe kennen lernen durfte, hat mich stets gequält.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute: Opernhaus: Sinfoniettenkonzert B. 6 (7); Schauspielhaus: „Der Überwältigte“ (188); Neukirchner Schauspielhaus: „Peer Gant“ (7); Residenz-Theater: „Das Dreimäderlhaus“ (188).

† Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Die Veranlassung der Sächsischen Staatstheater zugunsten der Ruhrhilfe haben einen Betrag von rund 5 Millionen Mark erbracht.

Opernhaus. Morgen Sonnabend (7.). Nächste Wiederholung von „Paris Godunow“. Musikalische Leitung: Fritz Ullrich, Spielleitung: Jhal Debrowen als Gast. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden.

Schauspielhaus. Das Schauspiel „Passion“ von Paul Vandisch, dessen — wie alle anderen Vorstellungen — öffentliche — Erstaufführung am Sonntag (18.), vormittags 11 Uhr, stattfindet, ist folgendermaßen besetzt: Thomas: Dimrofer; Vater: Haardt; Mutter: Ida Barbov; Müller: Brüder: Aufrecht; Wanda: Elfe Vork a. G.; Landknecht: Decarli; Seine Mutter: Voite Grunus; Magdalena: Hedwig Herber; Arzt: Fomio; Seine Frau: Alice Verben; Wärter: Kühner; Totschläger: Winterfeld; Polizist: Bühler; Krankenschwester: Carla Dader. Spielleitung: Jlv. Gestaltung des Bühnenbildes: Paul Witzkopf.

† Gesellschaft für Natur- und Heilkunde zu Dresden. Sitzung: Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, in der Sozial. Akademie für Kunstwerke, Elisenstraße. Vortrag: 1. Was ist die soziale und dogmatische Grundlagen der Pathologie. 2. Was sind die Grundlagen und Ausführgesicht der Erziehungstherapie und über die notwendige Zusammenarbeit der behandelnden Ärzte mit dem Strahlentherapeuten.

Bermischtes.

Bereitete Einführung Asquiths.

Wahlkreis Reich der Studenten von Cambridge. Die englischen Blätter erzählen von einem abenteuerlichen Plan einer Gruppe von Studenten...

Das andere Ansehen. An den letzten Boden, feiert an der Ruhr seiner Säkularfeier...

den getragenen, in Deutschland, denen man durch künstlerische Erhebungen verbunden ist...

Reiseleben. Auf der Damburner Hauptstation für Erdbenenforschung wurde am Donnerstag früh ein sehr heftiges Erdbeben...

Frank v. Pollak erkrankt. Aus Wien wird berichtet: Eine der populärsten Frauen Wiens...

Der Zirkel im neuen Reich. In Eisenach trat unter dem Vorsitz von Scher (Südth. am Rhein) die Delegierten des Reichsverbandes...

langer mühseliger Arbeit, bei der mit einem Sauerstoffgebläse gearbeitet wurde...

Der Lokomotiv. Ein Opfer seiner übertriebenen Hundeliebe ist ein gewisser Oniseppa Rossi in Bergamo geworden...

Gesellschaftlerin für einen Abend. Eine kürzlich gegründete Vereinigung veröffentlicht in den Neuvorfer Zeitungen folgende Annonce...

Rennen zu Dresden.

Wie die beim Dresdner Rennverein Sonntag als allen Bewandten Zutritt erhaltenden zahlreichen Anfragen...

Berliner Reit-Turnier. Im Zeichen des Grafen Godehard, der am Dienstag nachmittag mit dem ungenügsamen Metzger...

Im Zeichen der Jugend.

Am ganzen Deutschen Reiche veranlaßt der Bund Deutscher Arbeiter in den Tagen vom 1. bis 15. April eine zweite große Werbewoche...

Alles für die Jugend und nichts für uns. An alle Eltern und Erzieher richtet der Bund den Mahnruf...

Turnen - Sport.

In der Formirung, großer Garten, Hofplatz 111 Uhr. Zweite: GutsMuths, Brunner Straße, Walleckstraße, Carlstraße...

Reinböckler Reiterpokal. Im vollbesetzten Saale des Centralclubs in Bismarckstraße fand am Sonnabendabend ein Reiterpokal...

Rafensport.

Godes. Der Schachklub Godes- und Tennissklub 00 weilt am nächsten Sonntag mit drei Mannschaften...

Leichtathletik.

Sportklub der höheren Schulen Sachsen. Das Sachsisch-Leipziger Sportklub, das seit 1921 jährlich einmal unter der Mitwirkung der Sportleitung der Reichsathletik-Abteilung...

Wassersport.

Ungarische Schwimmer in Dresden. Die beiden Dresdner Schwimmvereine Reptun und Dresdner Schwimmverein haben diese Woche die Badeparkett-Reise...

Flugsport.

Der Flugsportverein Dresden hält nächsten Sonntag 8 Uhr vormittags auf dem Felder Modell-Flugübungen ab...

Wintersport.

Die Wintersport-Vereinigung Ostgöhlen veranstaltet vom 2. März bis 2. April einen Ski- und Schlittschuhkursus...

Witterungsbericht für den Winterport.

Witterungsbericht der Sportabteilung des Völkerverbands Rhenner, Dresden. Schellerhan: Nebel, Mauhreif, Nordwind, Barometer 705...

Vereinskalender.

Turnverein Dresden-Völkerverband (D. T.). Sitzung des Rev. und Verw.-Aususses, heute, Freitag, abends 9 Uhr...

Maschinenfabriken. Große lohnende Aufträge vergibt rheinische Firma auf längere Jahre.

Brillanten, Platin, Gold- und Silbergegenstände. B. Uepach, Goldschmied.

Trauringe sowie Obergelchne in Gold und Silber. Hugo Kultz, Goldschmied.

Metal-Korte. Wetzlarstraße 20. kauft Bruch-Gold.

Silber Platin Gebisse. Kupfer Messing Zinn Zink, Blei, Dubio.

Stolzenberg Dresden. Kinoraumorgel.

Rotafabrik. Schreibraschine u. Nationalkassette.

Wächter-Kontroll-Wür. gutgehend, mit 6 Schichten.

Stolzenberg Dresden. Kinoraumorgel.

Schreibraschine u. Nationalkassette.

Haar-Einkauf. Frau Emma Schunke.

Operationsmobil. Knöke & Dreßler.

Alle Treiben u. Mini-Knöpfe.

Klappkamera. Jede zu kaufen.

Kern. Das neue reelle Ihre u. Gold-Geschäft.

Strickmaschine. In handig gefügt.

Alle Treiben u. Mini-Knöpfe.

STOFFE für Sommer-Anzüge u. Mäntel. Schloßstraße 6, 1 Trepp.

Ankauf von Brillanten, Juwelen, Ernst Stolle.

KAPPEL 2 einwandfrei Woll.

Brillanten, Gold u. Silberarbeiten.

Gold-, Silbergegenstände.

Kognak, Rotwein, Sekt-Literflaschen.